

Die Danziger Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage zweimal, am Montage am Nachmittags 5 Uhr. — Bestellungen werden in der Expedition (Gerbergasse 2) und anderswärts bei allen Königl. Postämtern angenommen.

Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr., anwärts 1 Thlr. 20 Sgr. Substrate nehmen an: in Berlin: A. Metzger, Anst. 50, in Leipzig: Heinrich Häber, in Altona: Haasenstein u. Vogler, in Hamburg: J. L. Schöningh und J. Schöningh.

# Danziger Zeitung.



## Telegraphische Depesche der Danziger Zeitung.

Angelommen 1 Uhr Nachmittags.

Berlin, 6. Juni. Die heutige Morgenzeitung enthält ein Telegramm aus Cassel, meldend, daß der Generaladjutant v. Loßberg mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt wurde und daß dieser zunächst mit dem verfassungstreuen Regierungsrath Wiegand in Unterhandlung getreten ist.

## (W.C.B.) Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Brüssel, 5. Juni. In der „Pariser Correspondenz“ wird der „Independance belge“ gemeldet, daß der französisch-italienische Handelsvertrag gestern in Paris unterzeichnet worden sei, und daß der preussische Gesandte Herr v. Bismarck-Schönhausen eine längere Unterredung mit Herrn v. Thonvenel gehabt habe, die sich der Vermuthung nach auf die Frage der Anerkennung von Italien beziehe.

Paris, 5. Juni. Aus Lissabon wird gemeldet, daß 500 Individuen aus dem Oberen Monzon und Villaburos sich erhoben haben mit dem Geschrei: Nieder mit der Verfassung: Es lebe der König! Es lebe die Religion!

Laut Berichten aus Turin vom gestrigen Tage bestätigte Dixio, daß der Ministerpräsident bei verschiedenen Gelegenheiten erklärt habe, er werde keine ungesegnete Expedition gestatten.

Scutari, 3. Juni. Die Montenegriner hatten sich in dem Dorfe Musterovici, Bezirk von Kalunski zusammengezogen. Osman Pascha griff sie am 1. Juni mit 6 Bataillonen, 4 Feldbatterien, sowie mit den Irregulären an und jagte sie in die Flucht. Abdi Pascha bemerkte, von Bielopavlovich aus, den Marsch von 8—10,000 Montenegrinern, die von dem Fürsten von Montenegro und seinem Vater befehligt waren. Er schickte Verstärkungen an die geeigneten Plätze und besetzte selbst die Höhen hinter dem Dorfe Venikioi. Die Montenegriner griffen in der Stärke von 2 Divisionen wüthend an und wurden von dem tödtlichen Feuer der türkischen Infanterie empfangen. Von beiden Seiten wiederholten sich die Angriffe mit großem Nachdruck. Die Montenegriner drängten die Bajazibozouks zurück, wurden aber durch den Choc der türkischen Infanterie zu einem ungeordneten Rückzuge in die Berge gezwungen. Ihr Verlust belief sich auf 4 bis 600 Tode. Sie ließen Gewehre, Munition und 3 Sattelpferde in den Händen der Türken, die im Ganzen 26 Tode und 113 Verwundete hatten.

## Adressdebatte.

9. Sitzung des Abgeordnetenhauses am 5. Juni.

Die Debatte über den Adressentwurf wird aufgenommen. Abg. Birchow: Aus der gestrigen Sitzung bin ich mit der Befürchtung gegangen, unsere Debatten möchten die von denselben gehegten Erwartungen nicht erfüllen. Die Redner des gestrigen Tages haben sich wohl zu sehr auf den philosophischen Standpunkt gestellt, den auch die Staatsregierung eingenommen hat, indem sie sich bemüht hat, den Wortlaut der von ihr ausgegangenen Wahlerlasse zu halten. Es kann sich aber nicht um einen Wortstreit handeln, sondern um den Sinn der Erlasse. Man kann es dem Abg. v. Vinde zugeben, daß der Adressentwurf stilistisch mangelhaft ist und ebenso würde auch das Bonquet der Loyalität daraus wohl zu stark duften, wenn nicht in den gegenwärtigen Verhältnissen, und gegenüber den Anschuldigungen, gegen welche diese Loyalität sich geltend machen will, jenes zu starke Bonquet gerechtfertigt wäre, um möglicherweise durch das Parfüm der Hoflust durchzudringen. (Bravo links.) Die gestern von der Staatsregierung gegen den Adressentwurf gemachten Einwendungen beginnen damit, daß derselbe des Erlasses vom 19. März und der Thronrede nicht gedenke. Zum ersten Male ist uns bei dieser Gelegenheit gesagt worden, daß die Thronrede im Allerhöchsten Auftrage gehalten worden sei. Die Eröffnungsrede war keine Thronrede, die im Sinne des Königs hätte reden müssen, sondern eine rein den Standpunkt des Ministeriums vertretende Erklärung. Auf dieses Actenstück zu antworten, auf die Intentionen des Ministeriums einzugehen, lag uns allerdings fern und unter exceptionellen Verhältnissen erschien auch eine exceptionelle Adresse nöthig. In diesem Sinne aufgefaßt, mußte die Adresse die Situation charakterisiren, die Debatte aber sollte Aufklärung geben über unerklärliche Vorgänge. Die abgetretenen Mitglieder der königlichen Regierung, so hoffte man, würden ebenso wie die in das neue Ministerium eingetretenen, Erklärungen geben, wie diese, als unerhört allgemein anerkannte Episode vorgegangen ist, weshalb nach Auflösung des Abgeordnetenhauses der Ministerwechsel stattgefunden hat.

Hierüber mußten wir Aufklärung verlangen, nicht damit die Mitglieder des aufgelösten Abgeordnetenhauses gerechtfertigt würden, denn wir bedürfen einer solchen Rechtfertigung nicht mehr, sondern weil wir uns unter diesen Umständen die Frage vorlegen mußten, wie die historische Entwicklung des Landes fortgehen solle. — Ich erkenne die gestern vom Abg. v. Gottberg ausgesprochener Scrupel vollkommen an: man hat unzweifelhaft das Recht, nach der Vergangenheit der Männer von 1848 zu fragen, das Recht, deren ganze Laufbahn zu beurtheilen. Aber wir brauchen dies auch nicht zu fürchten, denn der Entwicklung des Landes hat bisher nur die Partei, der der genannte Abgeordnete angehört, Hindernisse in den Weg gelegt. (Beifall.) Nie ist die Revolution oder das Anstreben dahin hervorgetreten, ohne daß der allergrößte Widerstand, der von jener Seite der gesunden Entwicklung entgegengestellt worden,

nicht den natürlichen Grund hierzu geliefert habe. Die Geschichte der Reaction ist eine sehr lange und beständige, und befindet sich in einer wahren Rechtscontinuität (Feiterkeit), und nur einzelne freisinnige Männer sind dazwischen aufgetreten, die immer wieder jener Partei unterlagen: sie mußten aus dem Amt oder unterlagen den allmähigen schleichenden Einwirkungen von dieser Seite. In der gegenwärtigen Lage haben wir nur den Eindruck, daß jene Rechtscontinuität nach kurzer Unterbrechung wiederhergestellt sei, namentlich seit dem Eintritt des Kriegeministers und seit die Militärfrage auf die Tagesordnung kam. Seitdem zerbröckelte die liberale Partei des Landes schrittweise, so daß wir jetzt neben den Männern der Demokratie Mitglieder der allliberalen Partei sehen, ohne daß die Letzteren ihre Grundsätze aufgaben. Jene Zerbröckelung aber stammte aus dem Ministerium her, dem man es zum Vorwurf machen muß, daß es eine so große und in ihren Forderungen so gemäßigte Partei nicht zu benutzen wußte (Beifall.) Wir, die Fortschrittspartei, sind nicht aus Uebermuth hervorgetreten, haben nie die Absicht gehabt, die liberalen Minister zu vertreiben, aber auch freilich nicht die Absicht, die liberalen Minister durchaus zu halten. Wir glaubten die Sache des Landes von der Sache der Person scheiden zu müssen. (Bravo links.) Dabei aber haben wir kein Recht verlegt, lediglich das verfassungsmäßige Recht in Anspruch genommen (Beifall), nachdem es lange genug gefordert war und nachdem bereits Zweifel entstehen mußten, ob das constitutionelle System eine Wahrheit sei (sehr richtig!). Die aufgeworfenen Fragen waren lediglich Rechtsfragen.

Nachdem der Herr Minister anerkannt hat, daß die Sternzeitung ein officiöses Organ ist, nachdem er sogar in der Commission von officiösen Artikeln gesprochen hat, durch welche er die Behörden des Landes aufklären wollte (hört, hört!) nachdem dies feststeht, so werden wir wohl vernehmen müssen, daß der berüchtigte Artikel, welcher die Stellung des Ministeriums bezeichnet und das aufgelöste Abgeordnetenhau kritisiert, die Ansicht des Ministeriums ausspricht. Wir können den Artikel liegen lassen, weil wir den Wahl-Erlaß haben, der in einer so unschuldigen Weise vom Ministerium ausgelegt worden ist. In diesem Erlaß findet sich derselbe Ausdruck, der gegenwärtig wiederkehrt in der Erklärung des Staatsministeriums von gestern, nämlich der Ausdruck „sogenannte parlamentarische Regierung.“ Ich weiß nicht, was diese beiden Buchstaben „s.“ eigentlich bedeuten sollen. Ich denke mir unter einer parlamentarischen Regierung eine solche, wo das Parlament Einfluß auf die Entschlüsse der Regierung hat; eine s. g. Regierung würde eine solche sein, welche zwar die Form eines Parlamentes hat, aber ohne Einfluß ist. Daß nun aber durch eine s. g. parlamentarische Regierung dem königlichen Regiment Abbruch soll geschehen können, das ist wohl eine Behauptung, welche der Ansicht der Majorität der Wählerschaft nicht entspricht. In diesem Sinne haben auch die preussischen Wähler die Sache aufgefaßt; sie haben sagen wollen, diese ganze Frage wie sie hier gestellt ist, ist gar nicht die richtige Frage. Es geht niemand darauf aus, die Rechte des Königs oder der Staatsregierung irgendwie zu schmälern; aber allerdings ist das umgekehrt von Seiten der Regierung zu sagen, welche mit jedem Jahr mehr von dem wirklichen Rechte der Volksvertretung zu schmälern gesucht hat. Wir haben wohl das Recht davon zu sprechen, nachdem in der vorigen Session das Ministerverantwortlichkeitsgesetz eingebracht worden ist, welches nicht zur Ausführung gelangen konnte, ohne Verfassungsparagraphen abzuändern, ohne Eingriffe in die beschworene Verfassung zu machen (Beifall). Hier wurde dem Lande zugemuthet, daß es von seinem Rechte abgehen sollte, zu Gunsten der Krone gewiß nicht, sondern zu Gunsten der Regierung (Bravo). Man hat uns ein Gesetz über die Oberrechnungskammer vorgelegt. Dieses Gesetz ist betrachtet worden als ein Einbruch in die Rechte der Landesvertretung und damit als ein Einbruch in die Rechte des Volkes, indem man uns zumuthete, den § 104 der Verfassung in einer Weise zu interpretiren, welche in die Zeiten des Absolutismus hineingriff, und die nichts anderes war, als die Instruction der Oberrechnungskammer vom Jahre 1824 zum Gesetze zu erheben. Da war allerdings der Zeitpunkt gekommen, wo wir sagen mußten, bis hierher und nicht weiter! (Bravo). Unter dem alten Regime hat der Träger der Krone selbst das Bedürfnis empfunden, eine gewisse Beschränkung eintreten zu lassen, indem er die Oberrechnungskammer einsetzte und sie mit Functionen versah, welche der Staatsreg. unmittelbar erschwerende Schranken bereiten konnten, ja welche sogar dem Träger der Krone selbst bei Gelegenheit eine Warnung zugehen lassen konnte, wo die finanziellen Interessen des Landes in Frage kommen. Dies war das Correctiv, welches der Absolutismus sich selbst stellte. Das hat die alte Oberrechnungskammer, soviel wir glauben, ehrlich gethan, denn der lange Zeit so geordnete Zustand der öffentlichen Finanzen zeugt dafür. Nun, meine Herren, nachdem wir eine Verfassung haben, so ändert sich das ganze Verhältnis, denn rechtlich gehen nunmehr die Functionen der Oberrechnungskammer auf die Volksvertretung über. In der Instruction vom Jahre 1824 wurde die Oberrechnungskammer verpflichtet, ihre Monita dem Könige zugehen zu lassen; jetzt kann der König die Decharge nicht ertheilen, bevor die Landesvertretung gehört ist. Die Oberrechnungskammer hat ihre Mittheilungen der Landesvertretung zu machen, das ist nach unserer Ansicht das Recht des Landes. Nun brachte man uns ein Gesetz, welches nichts weniger einhielt als diesen Standpunkt, sondern welches davon ausging, das Verhältnis, wie es nach der Instruction vom Jahre 1824 bestand, für permanent zu erklären, und welches uns in die Lage versetzt haben würde, die wesent-

lichsten Rechte der Verfassung aufzugeben. Darauf haben wir geantwortet mit dem Antrage des Abg. Hagen; die königl. Staatsreg. hat die Sache ausgeführt, und wir haben jetzt nur zu antworten auf die Frage des Abg. v. Vinde, warum wir nicht dankbar dafür sein wollen. Wem sollen wir dankbar sein? dem Ministerium, daß es uns wegen dieser Frage auflöste und die Sache dennoch in Ausführung brachte? Es gab also einfachere Mittel; man braucht uns nicht vor dem ganzen Lande der größtlichen Mißthaten zu zeihen und uns darzustellen als diejenigen, welche das königliche Regiment umstürzen wollten. Das war aus diesem Grunde heraus in keiner Weise zu verantworten. Das königl. Staatsministerium hat uns gestern die philosophische Erklärung gegeben, daß dies nicht in dem Wahlerlasse stünde; der Abg. v. Vinde hat erklärt, ihn würde diese Erklärung nicht überzeugen, und ich erkläre, daß sie mich auch nicht überzeugt hat. Ich habe die Ueberzeugung, daß ich in dem Wahlerlasse gemeint bin, und meine Freunde haben diese Ueberzeugung auch. (Feiterkeit.) Auch von Beamten ist der Sinn so verstanden, wie die bekannte Costenoble'sche Verfügung an die ihm untergebenen Eisenbahnbeamten beweist; zwar hat der Handelsminister Herrn Costenoble schnell rectificirt — der Minister des Innern hätte sich ein Beispiel daran nehmen können! — aber sicher hat doch Herr Costenoble die Ueberzeugung gehabt, daß er mit seiner Wahlverfügung, in welcher das Einschreiten mit allen Mitteln gegen die Anhänger der Fortschrittspartei angedroht wird, den Intentionen seines Chefs entspreche. Auch Herr v. Kampp zu Königsberg ist doch durch den Wahlerlaß des Herrn Ministers des Innern zu seiner berüchtigten Expiration verführt worden, in welcher er mittheilt, die Fortschrittspartei habe dem Königthum offen den Krieg erklärt. Unmöglich kann dieser Erlaß der Erklärung der Fortschrittspartei zur Last gelegt werden. Die Sprache des Wahlerlasses ist die jener Partei, in welcher der Geist des seligen Stahl umgeht. Wie man früher vor 1848 immer Metternich'sche Phrasen gebrauchte, so erfand später Stahl die Magistral-Formel für die Recepte der reactionären Partei. Die siebenzehn Neben Stahl's sind die Handbibel der geehrten Zwölfe in diesem Hause. (Feiterkeit.) Dort finden sie die Phrasen des Gegenjases vom Königthum und Parlamentarismus ausgeprägt. Das Pferd der Legitimität, welches Herr Stahl so lange geritten, ist ein sehr abgetriebener Gaul, die Herren Minister hätten ihn ruhig in seinem Stalle lassen können.

Nachdem der Redner sich für das Sybelsche Amendement in Bezug auf Kurhessen erklärt hat, schließt er: „Wir weisen auf das Entscheidendste die Erwägung ab, wo der Schwerpunkt der Regierung liege? Wir nehmen die Verfassung, wie sie ist; jene Erwägung ist gegen dieselbe. Der Schwerpunkt wird verrückt, wenn ein Ministerium, welches unpopulär ist, welches den von dem früheren Hrn. Handelsminister selber proclamirten Anforderungen gedeihlichen Wirkens nicht entspricht, sich gegenüber befindet einer Volksvertretung, welche wirklich aus dem Herzen des Volkes hervorgegangen und dessen entschiedene Majorität vertritt. Dann liegt der Schwerpunkt, die ganze Wucht der öffentlichen Meinung, in der Volksvertretung und die Staatsregierung gleitet auf der schiefen Ebene zu Conzessionen. Aber ein starkes Ministerium, welches das ganze Land hinter sich hat, wird immer den Schwerpunkt der Regierung bei der Krone erhalten. Der Gegensatz hierzu würde in letzter Consequenz zur Revolution führen, wie wir dies leider bei uns schon einmal erlebt haben.“ (Wiederholter Beifall.)

Finanzminister v. d. Heydt. Der Redner, welcher so eben die Tribüne verlassen hat, hat die Erwartung ausgesprochen, daß diejenigen Minister, die aus dem vorigen in das gegenwärtige Ministerium übergetreten sind, dem Hause eine Erläuterung über die „unerhörte Episode“ des Ministerwechsels geben werden. Nun, m. H., wir dürfen, was unsere Personen betrifft, gewiß keinen Anstand nehmen, diese Erläuterung in der ausführlichsten Weise zu ertheilen. Es bedarf aber wohl kaum des Hinweises darauf, daß unsere Personen bei diesem Ministerwechsel nicht allein betheiligte waren. Wir würden geglaubt haben, den Pflichten gegen Se. Maj. den König nicht zu entsprechen, wenn wir uns darüber rechtfertigen wollten, weshalb wir dem Rufe Sr. Majestät gefolgt seien. Es hat der Abgeordnete darauf hingewiesen, was ich bei der Auflösung des vorigen Hauses vorgetragen habe. Ich habe damals vorgetragen, daß das Ministerium bei Se. Majestät um Entlassung gebeten habe, daß aber Se. Majestät der König dieses Gesuch nicht genehmigt. Von uns kann ich nur sagen, daß wir, wenn wir dem Rufe Sr. Maj. gefolgt sind, dies aus Hingebung für Thron und Vaterland gethan haben. Wenn man uns fragt, ob wir constitutionell regieren wollen oder nicht, so kann ich nur hinweisen auf die Worte des Allerhöchsten Erlasses vom 18. März, so wie auf das, was ich gestern vorzutragen die Ehre hatte. Wir sind bei demselben Programm stehen geblieben, welches Se. Majestät dem vorigen Ministerium und auch uns zur Grundlage angewiesen hatte. Daß wir es für unsere Pflicht erachten, verfassungsmäßig zu verwalten, das habe ich schon gestern im Namen der Staatsregierung vorgetragen. Es hat der Herr Abgeordnete noch gefragt, weshalb denn die Auflösung des vorigen Hauses eingetreten sei, da das gegenwärtige Ministerium bereitwillig und ausführlich den Wunsch erfüllt, den das vorige Haus ausgesprochen habe. Ich kann diese Frage zurückstellen. Warum hat denn das Haus der Versicherung der Regierung keinen Glauben beimessen wollen, die mein Herr Amtsvorgänger Namens der Regierung auf das Bestimmteste sowohl in der Commission als auch in der Plenar-sitzung ausgesprochen hat? Was jetzt das Ministerium



ausgeführt hat, ist nichts Anderes, als was schon von dem vorigen Ministerium unter Zustimmung Seiner Majestät des Königs beschlossen und zugesichert worden ist. Es konnte aber mein Herr Amtsvorgänger damals nicht übersehen, in welchem Maße und in welchem Umfange die Specialisirung des Etats würde ausgeführt werden können; schon um deswillen nicht, weil in den verschiedenen Etats nach verschiedenen Grundsätzen verfahren ist. Es ist also nichts anderes jetzt geschehen, als das was mein Herr Amtsvorgänger wollte, und vollständig das erfüllt, was damals zugesichert wurde. Hat man nun der Regierung das Vertrauen versagt und ist man selbstständig eingetreten, hat man, wie der Abgeordnete gesagt hat, Gebrauch gemacht von dem verfassungsmäßigen Rechte, nun so hat die Krone auch Gebrauch von ihrem verfassungsmäßigen Rechte gemacht, einmal bei der Auflösung, ferner bei dem Ministerwechsel, und ich glaube nicht, daß das Haus fragen kann, warum von jenem Rechte Gebrauch gemacht worden ist. Ich will dem Abgeordneten nicht folgen auf all die Punkte, welche er berührt hat. Ich frage aber, ob es Recht ist, den Ministern diejenigen Verfügungen vorzuhalten, welche von den einzelnen Beamten erlassen worden sind? Ich bin verschiedene Male schon in der Lage gewesen, diese Verfügungen zu reprobieren, und ich werde keinen Augenblick ansetzen, dies sofort zu thun, sobald die Verfügungen mit den Intentionen der Regierung nicht im Einklange stehen. Ich weiß, daß alle Ressort-Chefs, sobald sie Kenntniß von einzelnen Verfügungen hatten, welche von dem Wahl-erlasse des Herrn Minister des Innern abwichen, dieselben reprobirt haben. Mir scheint also kein Recht vorzuliegen, den Minister dafür verantwortlich zu machen; die Minister haben nicht die Macht, die Uebergehungen der Gesetze zu verhindern, sie haben nur die Pflicht, dieselben, sobald sie zu ihrer Kenntniß gelangen, unschädlich zu machen. Es ist dann noch auf verschiedene Gesetze, als das Ministerverantwortlichkeitsgesetz, das Gesetz über die Oberrechnungskammer hingewiesen worden. Es wird sich Gelegenheit geben, diese Angelegenheiten noch näher zu besprechen. Was aber den Entwurf des Minister-Verantwortlichkeits-Gesetzes betrifft, so haben die Minister bei demselben nicht an ihre Person, sondern nur an ihr Verhältniß zur Krone und Landesvertretung gedacht. Hinsichtlich des Gesetzes über die Oberrechnungskammer war die Regierung der festen Ueberzeugung, daß sie mit dem Entwurfe den Vorschriften der Verfassung genügt habe. Dies ist auch heute noch die Meinung der Regierung. Das Gesetz ist nicht vorgelegt, weil es dem Hause nicht erwünscht sein kann, in der gegenwärtigen Session mit principiellen Fragen beschäftigt zu werden. Die Vorlage wird deshalb in der nächsten Session erfolgen. Wenn der Vorredner meint, daß die Regierung die Controle scheue, so irrt er sich. Wenn nur jedes Land in der Lage wäre wie Preußen, daß die Staatshaushalts-Etats in solcher Ordnung wären wie hier. Man sollte sich darüber freuen, aber nicht meinen, daß die Regierung eine Controle zu scheuen habe. Die Regierung wird es für ihre Pflicht erachten, ohne jede Rücksicht über alle Dinge die ausführlichste Auskunft zu ertheilen. (Beifall rechts.)

Abg. Reichensperger (Geldern): Er leugne nicht, daß durch die großen Fehler der Regierung die Lage herbei geführt ist, welche als der Anfang einer Calamität zu bezeichnen ist. Die gegenwärtige Regierung sei für diese Lage verantwortlich. Bereits vor zwei Jahren, bei Einbringung der Militärvorlagen sei die Regierung gewarnt, und die Folge der Vorlagen sei auch wirklich die Zerrüttung aller Parteien gewesen. Auch die Auflösung des Landtages wegen des Hagen'schen Antrages sei ein Fehler gewesen, so wenig er auch heute noch den Hagen'schen Antrag für gerechtfertigt ansehe. Die Fortschrittspartei habe eigentlich dem Ministerium zu danken für die Fehler der Regierung, denen sie Erfolge verdanke, für die Auflösung des Hauses aus unzureichenden Gründen, für den Eintritt dieses Ministeriums, eines Unicum in der parlamentarischen Geschichte. Aber das Laster der politischen Dankbarkeit herrsche bei uns noch nicht (Gelächter). Von den beiden Entwürfen gebe er dem der Commission den Vorzug. Es sei gut, einmal von jenen Adressen Abstand zu nehmen, die gewissermaßen ein Register der hohen Politik entwerfen. Er stimme in dieser Beziehung den Ausführungen des Abg. Waldeck vollständig bei. Er sei namentlich gegen die Berührung der auswärtigen Frage. Redner spricht gegen die Erwähnung der italienischen und der deutschen Frage, welche so lange vertagt werden müsse, bis vom Westen keine Gefahr mehr drohe. Er sei überhaupt gegen eine Adresse. Er finde namentlich in dem Adressentwurf der Commission Standpunkt und Forderungen nicht im Einklange mit den allergrößten Versicherungen der Loyalität. Die Adresse gehe von dem Standpunkte aus, als ob dieses Haus der Ausdruck und alleinige Vertreter der nationalen Entwicklung sei; nach Art. 83 der Verfassung seien dies aber beide Häuser des Landtages und es sei eine dictatorische Annahme der zweiten Kammer, wenn sie allein das Bedürfniß der Nation zu kennen erklären wollte. — Er stehe übrigens nicht auf dem Standpunkte „Stahls“, den er bei Lebzeiten nach Kräften bekämpfte, aber er habe in diesem Gegner einen hoch begabten Geist bewundert, der jetzt nicht verdient habe, daß nach seinem Tode über ihn Witze gemacht würden. (Bravo von den Katholiken und der Vinde'schen Partei.)

Abg. Schulze (Delitzsch) Ich will nicht über die Anschuldigungen gegen die Fortschrittspartei, auch nicht über die Wahlerlasse sprechen, in denen der Abg. v. Vinde das nicht gefunden hat, was wir darin fanden. Ich frage Sie nur, meine Herren, welche Konsequenzen würde die Regierung gezogen haben, wenn die Auflösung des Hauses geglückt wäre? Gesezt, das Volk hätte uns nicht wieder gewählt, und man hätte eine gefügige Kammer erhalten, würde man dann nicht von einem frevelhaften Eingriff in die Rechte der Krone gesprochen haben, würde dann nicht auch das Recht der Controle für immer gehindert worden sein? (Sehr wahr!) Das Unerhörte unserer Lage nach dem Hagen'schen Antrag bestand darin, daß das Haus aufgelöst wurde, nicht wegen gestellter und gefasster Beschlüsse, sondern wegen künftig erst zu stellender Forderungen. (Sehr wahr!) Der Schwerpunkt der Frage beruht darauf, daß hier zum ersten Male ein Bruch eintrat mit der alten Rechnungstragungs-politik des Hauses. Die Drohung der Ministerkrisis verfiel zum ersten Male nicht mehr. Meine Herren, ich habe noch nicht die Ehre gehabt, einer Partei anzugehören, aus welcher Mitglieder der Regierung hervorgegangen sind, weiß also nicht, in welcher Lage sich Minister meiner Partei befinden würden. (Heiterkeit.) Aber wenn ich auch wohl einsehe, daß eine Partei Gründe hat, ihre Minister zu stützen, so kann ich dies doch nur so weit zugestehen, als die Minister

innerhalb ihrer Parteiansichten bleiben. Man stützt sie am besten dadurch, wenn man sie auf ihrer Bahn erhält. Das sind meine schlichten Ansichten: vielleicht ändert man sie, wenn man Minister ist. (Heiterkeit.)

Der Abg. v. Vinde hat gesagt, der Hagen'sche Antrag sei ein politischer Fehler gewesen. Nun, auch von seiner Seite ist ein solcher Fehler begangen worden, indem er sich zu schnell in seinem Schreiben gegen die Majorität dieses Hauses erklärte. Diese Erklärung war ein Fehler, denn sie hatte auch einen ernsteren Erfolg, als der geehrte Abgeordnete erwartete. Er ist in seinem Wahlort nicht wieder gewählt worden (Heiterkeit). Ich möchte denselben Abgeordneten dringend bitten, von diesen Angriffen abzusehen und sie der Reaction zu überlassen, die dazu das vollständige Mißzeug hat. Diese Angriffe des so verdienten Abgeordneten gegen unsere Partei würden nur die Wirkung unserer parlamentarischen Verhandlungen schwächen, würden nur das Einverständnis der großen Parteien gefährden, die gerade jetzt in ihren Zielen einig sind und sich auch in dieser Einigkeit hier aussprechen müssen. (Bravo links.) Wir wollen nicht nur eine einfache Erklärung in der Adresse abgeben, sondern wir wollen auch die Stimmung des Landes zum vollen Ausdruck bringen, indem wir einen Protest niederlegen, einen Protest derjenigen, die sich verlegt fühlen in ihrem Gewissen. Ein Ministerium, das uns von Anfang an mit den Mitteln der Reaction von 1858 entgegentrat, können auch wir nur mit Mißtrauen empfangen. Die feudal-konservative Partei wird die einzige sein, auf die es sich stützen kann. Doch ist zwischen einem solchen Ausdruck der Grundstimmung des Landes, wie wir ihn beabsichtigen, und einem Mißtrauensvotum, welchem eine sofortige Entlassung folgen müßte, noch ein großer Unterschied. Wir wollen das Ministerium nicht augenblicklich ändern; wir werden auf die Vorlagen desselben eingehen, wir werden acceptiren, wenn sie uns das geben, was die liberalen Minister uns so lange verweigert haben. Wir werden aber jedenfalls doppelt verpflichtet sein, die Augen offen zu halten. Denn wir wissen ja, welches die Motive der Minister zu ihren Concessionen gewesen sind; diese Motive stehen in dem Briefe des jetzigen Herrn Finanzministers. (Sehr wahr.)

Während wir in dem Hagen'schen Antrag eine Forderung stellten, für das Beste, für das dauernde Wohl des Landes, geht er, der Herr Finanzminister nur darauf ein, um sich einen Erfolg bei den Wahlen zu sichern. Sehen Sie, meine Herren, da haben sie das ganze System des Schein-Constitutionalismus vollständig beisammen (Bravo links; sehr wahr). Um sich zu halten, macht man Concessionen der liberalsten Art. Wir aber, wir werden nimmer von einer Regierung etwas erwarten, die nicht mit ganzem Ernst daran geht, das Hinderniß, welches allein dem Ausbau unserer Verfassung entgegensteht, zu modificiren. Bis jetzt scheint der Brennpunkt des ministeriellen Programms in der Wahrung der materiellen Interessen zu liegen. Durch Entgegenkommen in dieser Hinsicht sucht man die öffentliche Meinung zu gewinnen. Dem kann ich allerdings meine Anerkennung nicht versagen. Wohlstand und Bildung sind die dauernden und soliden Grundlagen eines Volkes; die Förderung der materiellen Interessen ist also eine der Hauptfragen. Darauf stützte sich auch damals im Jahre 1849, die Reaction; gerade vom Standpunkt des materiellen Wohles aus griff man die Bewegung des Jahres 1848 an und beutete sie gerade in dieser Beziehung gründlich für die Zwecke der Reaction aus. Aber gerade das Ministerium dieser Reaction ist es gewesen, das den klarsten Beweis dafür geliefert hat, daß der Wohlstand eines Landes nirgend wo schlechter bewahrt ist, als in den Händen der politischen Reaction. (Sehr wahr, Bravo! links.) Welche Verschwendung trat gerade unter diesem Ministerium ein, wie wirtschaftete man mit unseren Finanzen! Nun, ich glaube, das preussische Volk wird nicht geneigt sein, sich durch solche anscheinende materielle Concessionen dazu bewegen zu lassen, auch nur ein Titelchen seines politischen Rechts zu opfern (Bravo!), es wird nicht, wie Esau, für ein Linsengericht, das Recht seiner politischen Geburt opfern (Bravo!) und es wird sich um so mehr vor jedem Opfer hüten, als es ja doch schon weiß, daß selbst jenes Linsengericht nur ein Schaugericht sein soll. (Bravo und Heiterkeit.)

Redner wünscht die deutsche Frage nicht aufgenommen, weil er glaubt, daß das jetzige Ministerium die Ausführung derselben nur beeinträchtigen und verfrümmeln würde.

Was die italienische Frage betrifft, so bemerkt Redner gegen den Abgeordneten Reichensperger, daß ihm das Kind Italien doch sehr lebensfähig erscheine. Es habe schon recht energisch gestrampelt (Heiterkeit). Auch denke ich, wird es dem Bilde eines Monarchen, wie Victor Emanuel, der muthig alle Schiffe hinter sich verbrannte und Alles einsetzte für seine Idee, ich sehe, es wird diesem Bilde, das erhaben und edel in unserer Zeitgeschichte dasteht, wenig Schaden, wenn man es von dieser Seite (kathol. Fraktion) ein wenig beipritzt (Bravo).

Herr v. Vinde hat gesagt, er gehöre nicht zum Nationalverein und halte es doch für nöthig, die deutsche Frage zu erwähnen. Nun, ich gehöre zum Verein, und ich glaube, wir kennen die Stimmung in den einzelnen Theilen Deutschlands ziemlich genau. Das deutsche Volk mißversteht uns nicht; es begreift, warum wir uns jetzt einer Aeußerung enthalten bei einem solchen Herzenswunsch. Die öffentliche Meinung, die sechste Großmacht, hat ihre Verbindungen und Beziehungen abgebrochen mit dem jetzigen Ministerium. Wir müssen uns in uns selbst sammeln, in uns selbst concentriren, ehe wir die deutsche Frage wieder aufnehmen können. Ja, Deutschland weiß, daß wir uns in diesem Augenblicke des Schweigens nur um so inniger bewußt sind, wie sehr wir die ganze Kraft für eine so große Aufgabe wie die deutsche concentriren müssen (Bravo). — Der Abg. Reichensperger hat gefragt, wo wir denn den Zauberstab hernehmen sollen, der den auf unserm Vaterlande lastenden Bann lösen wird, wo der Herkules sich finden soll, der die große Arbeit, Deutschland zu einen, ausführen wird. Nun, ich glaube, ist die Zeit gekommen, so wird auch der Mosesstab sich finden, der die lebendigen Wasser aus dem anscheinend todtten Fels hervorzubringen wird, daß die Gnade Gottes, auf welche die Hohenzollern so stolz sind, zur rechten Zeit auch den rechten Mann finden wird, der jene Arbeit zu Ende führt; er wird nicht fehlen, wenn wir unser inneres Friedenswerk grade aus gekämpft haben. (Lebhafte Beifall.) Redner empfiehlt schließlich die Annahme des Sybelschen Amendements betr. Kirchhellen, weil durch die Ablehnung die Einigkeit der liberalen Partei gefährdet werden könnte, welche das Land von uns erwartet, und dringender jetzt, wie nie zu irgend einer andern Zeit nothwendig ist. (Lebhafte Bravo.)

Abg. Dr. Libelt: Auch er und seine Landsleute seien gegen das Ministerium; er erkläre Namens derselben, daß,

wenn sie gegen die Adresse stimmten, dies nicht aus Vorliebe für das Ministerium geschehe. (Der Redner verliest Wahl-erlasse gegen die Polen direct gerichtet, um den feindlichen Standpunkt der Regierung ihnen gegenüber zu constatiren. Er verliest namentlich das Circular der Posenen Regierung, in welchem auf das Zusammenhalten der Deutschen bei den Wahlen ohne Rücksicht auf die Parteistellung der Polen hingewiesen wird.)

Der Minister des Innern v. Jagow: Der Vorredner hat namentlich eine an das Oberpräsidium in Posen erlassene Verfügung angegriffen und dagegen habe ich Verwahrung einzulegen. Die Wahlen im Großherzogthum sind seit längerer Zeit stets so ausgefallen, daß dort stets die Nationalität entscheidend war. Von wem der Anlaß dazu ausgegangen, das habe ich hier nicht zu erörtern. Aber die Regierung hatte die Verpflichtung, dieses Factum anzuerkennen und hatte jedenfalls die Aufgabe dabei, die Deutschen nicht zu spalten. Das ist die Absicht jenes Erlasses gewesen, nicht irgend eine Zurücksetzung der polnischen Nationalität.

Kriegsminister v. Noo: Der Standpunkt der Regierung bei dieser Debatte ist der gewesen, sich nicht zu betheiligen, außer wenn es galt, falsche Voraussetzungen zu berichtigen oder Thatsachen zu constatiren. In dieser und zwar doppelten Beziehung habe ich noch einiges zu bemerken. Zunächst auf eine gestrige Bemerkung des Abgeordneten für Stargard, der da meinte, das Ministerium sei nach den neuesten Maßnahmen ganz besonders liberal geworden. (Widerspruch.) Ja: geworden, und das kann von der Regierung nicht acceptirt werden. Das Ministerium ist genau so liberal wie es sein muß nach den Verpflichtungen, die es übernommen, nach dem Programme, das ihm von Sr. Majestät dem Könige vorgeschrieben ist und das allgemeinen Beifall im Lande gefunden. In diesem Sinne hat das Ministerium sein Programm in der Thronrede wiederholt. Nicht ein Titelchen mehr, nicht ein Titelchen weniger ist der Liberalismus des Ministerii, es ist nicht liberaler geworden und hat auch nicht die Absicht, es zu werden. Sowie auf die einigermaßen verdächtigenden Aeußerungen, die gestern gefallen sind. Wenn ich an die heutige Verhandlung gehe, so hat das Mitglied für Erfeld gestern für sich und seine Partei das Privilegium in Anspruch genommen, von allen Seiten Streiche zu empfangen. Ich muß bemerken, daß das Ministerium ihm darin stark Konkurrenz macht (Heiterkeit), daß das Ministerium aber seine Stellung zu verteidigen wissen wird, von welcher Seite auch die Streiche kommen mögen. Man hat von den Wahl-Erlassen gesprochen und zwar so viel, daß es wirklich wohl an der Zeit wäre, endlich davon zu schweigen. Es fällt mir nicht ein, das Haus mit der Rechtfertigung zu ermüden. Ich will nur die Gelegenheit wahrnehmen um das Ministerium sicher zu stellen, gegen die Entstellungen der Presse in Bezug auf die Kammer-Verhandlungen. Da soll das Ministerium dies und das gesagt haben, da soll der Kriegsminister gesagt haben, die Auflösung des Abgeordnetenhauses, die Veränderung des Ministeriums, beruhe auf einem Mißverständnis, welches mitzutheilen, die Discretion ihm verbinde. Dann soll der Minister des Innern gesagt haben, die Wahl-Erlasse seien ein Mißverständnis, das Ministerium habe es nicht so schlimm gemeint etc. Ja meine Herrn die Protokolle der Commissionen werden nicht gedruckt und stenographische Berichte auch nicht, es werden also nur freiwillige Beiträge, von den freiwillig anwesenden geliefert für diese oder jene Zeitung. Ob dies dem Zwecke der Kammer-Verhandlungen entspricht, will ich nicht erörtern, unter allen Umständen wird dies der Weg sein, um der Regierung zu allen Zeiten den Mund zu schließen. — Der Verwahrung des Abgeordneten für Erfeld, dagegen, daß er mit seinem Loos in dem Adressentwurf dem Ministerium habe ein Vertrauensvotum geben wollen, hätte es nicht bedurft, das Ministerium war davon ohnehin überzeugt. (Heiterkeit.)

Im Uebrigen muß ich mich auf eine Blumenlese aus den bisherigen Erörterungen beschränken. — Hr. Dr. Birchow hat in factischer und kaufmännischer Weise zu zeigen gesucht, daß der Ausdruck „sogenannte parlamentarische Regierung“ in der gestrigen Erklärung der Regierung ein Nonsens sei. Auch der jetzigen Regierung könnte ein lapsus passivus, aber dieser Ausdruck ist absichtlich gebraucht. In Preußen kann eben keine Rede sein von einer parlamentarischen Regierung in dem Sinne dieser (der linken) Seite des Hauses. Der Ausdruck „parlamentarische Regierung“ an sich würde bei uns ganz unverständlich sein (D! D!). In dem Wahlerlasse eines Regierungspräsidenten ist allerdings irthümlich bemerkt worden, daß die Fortschrittspartei oder die Demokratie dem Königthume offen den Krieg erklärt habe. (Der Herr Minister macht eine Pause, die linke Seite ruft: Aber? aber? Klingel des Präsidenten und Mahnung zur Ruhe.) Die Regierung nimmt von dieser Negation, zu der Hr. Dr. Birchow sich bekennt, mit Vergnügen Akt. Wenn ferner der geehrte Hr. Abgeordnete in der ihm eigenen ruhigen und ausdrucksvollen Weise zuletzt eine leise Drohung mit Eventualitäten ausgesprochen hat, die man, wollte man's übel denken, allenfalls eine Ordnung mit der Revolution nennen könnte, so ist das muthmaßlich ein Mißverständnis meinerseits. Ein geehrtes Mitglied (Reichensperger) hat der Regierung ihr Sündenregister vorgehalten. Nun, man soll sogar von seinen Gegnern lernen, warum nicht von Personen, die man nicht zu den Gegnern zählt? Aber er hat Unrecht, die Militärvorlage zum Grunde alles Uebels, alles Schwürnisses im Lande zu stempeln. Der Hr. Abgeordnete für Berlin (Schulze) hat eine Komparation gemacht: Absolutismus, Scheinconstitucionalismus und wirklicher Constitutionalismus. Nach seiner Ansicht sind wir jetzt beim Comparatio, mit starker Reigung in den Positiv zurückzufallen. Der Unterschied zwischen Scheinconstitucionalismus ist wohl von ihm nur erfunden, um die gegenwärtige Regierung herabzuziehen.

Diese ist sich ihrer verfassungsmäßigen Verpflichtungen gegen das Land und gegen den König gleichmäßig bewußt. Sollte damit gemeint sein, die jetzige Regierung meine es nicht ehrlich mit der Verfassung, so wäre das unparlamentarisch. Die Konsequenzen, die derselbe geehrte Herr Abgeordnete dem Hause vorgehalten hat, welche eingetreten sein würden, wenn die Demokratie oder Fortschrittspartei bei den Wahlen unterlegen, gehört in dieselbe Rubrik. — Wenn der Herr Redner bedauert hat, noch nicht einer Partei angehört zu haben aus welcher ein Ministerium nicht gegründet worden ist, so kann ich das Bedauern nicht theilen (Heiterkeit.) Von einem mysteriösen Grunde der Auflösung des Abgeordneten Hauses weiß ich Nichts. Ebenso hat der Herr Redner nicht bewiesen, daß er ein Recht hat, sich und seine Partei mit dem Volke zu identifiziren, wie das fort und fort geschieht (Widerspruch. Unruhe.) Niemand wird die Regierung anerkennen, daß die Majorität der Fortschrittspartei



in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung wirklich die volle Repräsentation des Landes darstelle. (Große Unruhe.) Diese ist eine andere. Zum Schluss will ich konstatieren, daß der geehrte Herr Abgeordnete seinen Wunsch deutlich dahin ausgesprochen, daß die lebhaften Wünsche seiner Partei unter keinen Umständen möchten von der jetzigen realisiert werden, weil er das für eine Verstimmlung halten würde, wie er meint, das Ministerium besäße nicht die nötige Kraft, die nationale Fahne zur Bewältigung der Riesenaufgabe zu entfalten. Ja, meine Herren ich weiß nicht, ob das Ministerium dazu im Stande ist, es ist unter allen Umständen im Stande, die königliche Fahne zu entfalten und siegreich hoch zu halten, und in Preußen ist die königliche Fahne die nationale. (Bravo rechts.)

Minister des Innern v. Jagow: Es sei gesagt, daß das Ministerium den geheiligten Namen Sr. Majestät in den Streit der Parteien geworfen habe. Er habe sich vergeblich bemüht, zu ersehen, worauf dieser Vorwurf eigentlich beruhe. Es werde ferner der Vorwurf gemacht, daß die Regierung einen Gegensatz zwischen Königthum und Parlament in einer verfassungswidrigen Weise aufgestellt habe. Diese Gegenüberstellung sei unklar und er verwahre sich dagegen, daß die Regierung das absolute Königthum als das zu erstrebende in ihren Wahlerlassen hingestellt habe. Er halte deshalb diese Vorwürfe für unbegründet und er könne sich dafür auf den Referenten berufen, der in der Commission zugegeben habe, daß dieser Gegensatz sich in den Erlassen nicht klar hinstellen lasse. Gestern sei schon mit berechneten Worten hervorgehoben worden, daß die Minister nicht verantwortlich gemacht werden könnten für Handlungen einzelner Beamten; er füge hinzu, daß alle dergleichen Erlasse, welche zur Kenntniß der Minister gekommen, rectificirt seien.

Schließlich müsse er noch die Vorwürfe berühren, welche ihm in Bezug auf seine Äußerungen in der Commission gemacht seien. Man habe gesagt, es sei die Majorität des Hauses angegriffen worden und in der Commission habe er sich bemüht, dies zu entschuldigen. Das müsse er entschieden bestritten; er wiederhole seine Erklärung in der Commission. In dem Wahlerlasse sei von der Nothwendigkeit, das königl. Regiment ungeschwächt zu erhalten, gesprochen und darin werde fortgefahren: hierdurch trete die Staatsregierung in den Gegensatz mit der Demokratie. Diese Worte sprechen nicht von dem Hause, sie enthalten keinerlei Hinweisung darauf; er müsse sich deshalb gegen diese Mißdeutung verwahren. An dem Inhalte der Erlasse halte er entschieden fest und habe davon in der Commission auch nichts zurückgenommen. Die Demokratie im Lande sei die Trägerin der Bestrebungen, die auf Stärkung der Volksvertretung und auf Schwächung der königlichen Machtzielen, und darauf habe die Regierung das ganze Land aufmerksam machen müssen. Er werde es aber als ein freudiges Ereignis ansehen, wenn ihm in dieser Beziehung ein Irrthum nachgewiesen werden könne, daß dem nicht so sei.

Abg. Dr. Frese (Minden): Der Kriegsminister habe gewünscht, daß man doch endlich von den Wahlerlassen schweigen möge; das sei lustig; wohl möge die Regierung das wünschen, aber nun müsse erst recht davon die Rede sein. (Zustimmung.) Nicht ungestraft dürfe es bleiben, monatelang ein Land auszuregen und Männer anzutasten, deren Verdienste im Lande mit viel schwererem Maße gewogen würden als die der Herren Minister. — Der vom Abg. v. Vincke gerügte Mangel des Adressentwurfes, daß die Loyalität zu überauswiegend darin ausgedrückt sei, sei zwar richtig, finde aber seine Rechtfertigung doch darin, daß die Loyalität vier Monate lang verächtlich worden sei. Der Vinckesche Gegenentwurf habe dagegen den Hauptmangel, daß er das Herrenhaus zu leise berührt. Das Ministerium sähe sich jetzt als angegriffener Theil, während vom 13. März an doch von jener Seite die Angriffe in den Erlassen und officiösen Zeitungsartikeln Schlag auf Schlag erfolgt seien und sei noch immer die Antwort auf die Frage, wo die Partei sei, die das Königthum beeinträchtigen wolle, schuldig geblieben. Er wiederhole die Frage Angesichts des Landes. Das Ministerium sei sehr naiv verfahren, wenn es bei der ganz unbekanntem politischen Vergangenheit eines Theiles seiner Mitglieder an das Land die Aufforderung erlassen habe: folgt uns, die ihr nicht kennt, und verlaßt eure Führer, die ihr seit langer Zeit kennt. — So unvergessen die That des Königs vom November 1858 in der Geschichte bleiben werde, so dankbar das ganze Volk dem Könige für die Beseitigung der Mißregierung gewesen, so sei das Land doch nur zu seinem Rechte gelangt, stehe nicht einem Gnadengeschenke gegenüber, und habe gewiß eben nicht die Verpflichtung übernommen, Alles, was von oben her aufgelegt ist, zu erfüllen und einem Ministerium zu vertrauen, das in seiner einen Hälfte seine liberalen Grundzüge in der Reactionszeit geopfert habe, wie sich das Wahlmanifest der constitutionellen Partei auszeichnet habe.

Der Justizminister erklärt sich sehr gern bereit, die vom Vorredner gestellte Frage zu beantworten. Er thut dies aus zwei Stellen der v. Unruh'schen „Erinnerungen aus den letzten drei Jahren“ 1851, wo von der naturgemäßen Zerbröckelung der Mittelparteien durch die extremen geredet sei; es existire also jene in Frage gestellte Partei.

Graf v. Bethusy-Huc (besteigt unter allgemeiner Heiterkeit des Hauses die neue Tribüne): Dem Grundsatz des Abg. Waldeck folgend „Probiren ist besser als Studiren“ besteige ich die neue Tribüne, um von dieser aus im Namen des kleinen Häufleins, das nicht, wie gesagt worden ist, 12 sondern 10 Mitglieder umfaßt (Heiterkeit) zu sprechen. Ich schicke voraus, daß ich nicht zu der extremen Richtung der conservativen Partei gehöre, noch weniger billige ich alle Waffen, die die conservative Partei angewendet hat. Und so billige ich auch in keiner Weise die Ausschreitungen der Unterbehörden, die bei den Wahlen vorgekommen sind. Ich glaube aufrichtig, daß die Versicherung der Loyalität, die jene linke Seite in die Adresse zur Aufnahme beantragt hat, ganz ehrlich gemeint ist. Niemand denkt in Preußen an ein Staatswesen ohne König. Der Gegensatz zwischen Königthum und Parlament war in der That kein geschiedter und mußte auf die Angreifer zurückfallen, da er leicht zu pariren war. Wir wollen alle, meine ich, wie die ganze Nation, König und Parlament. Allerdings meine ich, daß die entschiedene liberale Partei die Rechte der Krone zu Gunsten der Wähler beschränken möchte. Der Angelpunkt ist der: Will die liberale Partei danach streben, daß das Ministerium nach der jeweiligen Majorität und Tagesströmung — nicht der öffentlichen Meinung, der auf die Länge kein Staatsmann widersteht, geändert werde, so sucht sie eben den Schwerpunkt in das Abgeordnetenhaus zu verlegen und die Krone zu zwingen, der Majorität des Hauses entsprechende Minister zu wählen. Man stellt dann die Krone vollständig unverant-

wortlich hin, um die Minister desto verantwortlicher zu machen. Es ist dies ein Billardspiel, wo das Abgeordnetenhaus das Quec regiert und die beiden anderen Factoren die Kugeln sind. Ich setze dieses Streben in dem Adressentwurf der Commission. Die darin enthaltene Opposition gegen die Minister, gründet sich weniger auf die Wahlerlasse als auf die Intriguen einiger Erlassverbesserer.“ Aus principieller Antipathie stammt nur das Mißtrauen gegen das liberale minist. Programm: ich werde die Maßregeln, nicht die Personen im Auge halten. Aus denselben Gründen acceptire ich auch die Adresse des Abg. von Vincke nicht. — Schließlich weist der Redner einige Vorwürfe gegen die conservative Partei zurück, die man nicht mit der reactionären und feudalen identificire.

Der Schluß der Generaldiscussion wird angenommen. Eine Reihe persönlicher Bemerkungen folgt. Zuerst v. Vincke (Stargardt): Er habe nicht, wie der Abg. Schulze (Berlin) ihm vorgeworfen, das Recht beansprucht, die Männer der Fortschrittspartei nach ihren Antecedenten zu beurtheilen. Er habe diesen Satz nur dem gegenübergestellt, daß man das Ministerium in dieser Weise verurtheilen wolle. Der Hr. Kriegsminister habe seine (des Redners) gute Meinung von dem Liberalismus des Ministerii eine Verächtigung genannt. Das habe sie nicht sein sollen, sondern eine Anerkennung, die er nun freilich, wenn auch sehr ungern, zurücknehme.

Abg. Virchow: Wenn der Hr. Kriegsmin. die demokratische u. die Fortschrittspartei fortwährend identificirt habe, so entgegne er darauf, daß die Principien wohl dieselben seien, aber die Fortschrittspartei als Partei doch nicht mit der demokratischen von 1848 zu identificiren sei. Die Fortschrittspartei habe die Verfassung von 1850 beschworen und damit den weiteren Consequenzen, die man von 1848 herleite, abgeschworen und man könne sie nicht verantwortlich machen für das, was etwa eine deutsche oder gar eine europäische Demokratie thue oder wolle. Er habe mit Eventualitäten einer Revolution nicht gedroht, wie der Herr Kriegsminister gesagt, das habe er weder beabsichtigt noch davon gesprochen, vielmehr sei er der Ueberzeugung, daß wir nach der gegenwärtigen politischen Entwicklung in regelrechte constitutionelle Bahnen kommen werden.

Abg. Schulze (Berlin) gegen den Vorwurf des Unparlamentarischen, den der Kriegsminister gemacht. Er reclamirt dagegen nur im Interesse des ganzen Hauses, das nur eine Behörde kenne, solche Urtheile auszusprechen. (Beifall). — Der Ehre und Würde des preuß. Banners würde doch wohl nicht dadurch vergeben, daß man wünsche, es möge zugleich das Deutschlands sein. Der Vorwurf des Scheinconstitucionalismus stütze sich auf den bekannten Heydtischen Brief und wenn er sich hierbei auf die Stimme des Hauses, ja des Landes berufe, so thue er es gewiß mit mehr Erfolg als der Minister. (Lebhafter Beifall). — Kriegsmin. v. Ronn: Er habe das Wort Scheinconstitucionalismus unparlamentarisch genannt, weil es die Beschuldigung enthalte, als sei das Ministerium sich seines Verfassungsvertrages nicht bewußt.

Zum Schluß berührt Ref. Zweites noch kurz einige Hauptpunkte: Eine prinzipielle Opposition sei der liberalen Partei durchaus fern. Die Loyalitätsversicherungen in der Adresse seien nicht bloße Wiederholungen, sondern jedesmal an bestimmte Fragen und Wünsche geknüpft. Gegen die Andeutung des Kriegsministers, als ob hie angebliche Kriegserklärung gegen die Krone keine offene, also vielleicht eine geheime gewesen sei, müsse er Verwahrung einlegen. (Beifall links).

Präsident Grabow theilt hierauf mit, daß er morgen, um die Debatte zu Ende zu führen, zwei Sitzungen zu halten beabsichtige, von 9 und dann wieder von 6 Uhr ab.

### Deutschland.

Berlin, den 5. Juni.

— Die „D. A. Z.“ berichtet aus Frankfurt a. M., 2. Juni: Badens grüne Tische haben abermals ein Opfer gefordert. Es erschloß sich gestern im dortigen Kurgarten der württembergische Obrist, Prinz Felix Eugen v. Hohenlohe-Dehringen, vermählt seit dem Jahre 1851 mit Prinzessin Alexandrine, Fürstin von Hanau, Tochter des jetzigen Kurfürsten von Hessen. Der Prinz hatte in letzterer Zeit sehr stark gepickelt und dabei namhafte Verluste erlitten. Ein zweiter trauriger Fall ereignete sich heute Morgen, denn eine der höhern Aristokratie angehörige russische Dame ertränkte sich wegen an der homburger Bank erlittener Verluste.

### Korrespondenzen der Danziger Zeitung.

Berlin, den 6. Juni 1862. Aufgegeben 2 Uhr 45 Min. Angelommen in Danzig 3 Uhr 20 Min.

Roggen fest.		Sept. Ers.		Preuß. Rentenbr.		Sept. Ers	
loco . . . . .	51	50 1/2	3 1/2	Westpr. Fobr.	88 1/2	88 1/2	8 1/2
Mai-Juni . . . .	50 1/2	50 1/2	4	do. do.	—	—	9 1/2
Septbr.-Octr.	48 1/2	48 1/2	4	Danziger Privatb.	10 1/2	—	—
Spiritus Mai Juni	18 1/2	18	—	Dnpr. Pfandbriefe	8 1/2	8 1/2	—
Rübbel Mai-Juni	13 1/2	13 1/2	—	Franzosen . . . .	136	135 1/2	—
Staatsanleihe	89 1/2	89 1/2	—	Nationale . . . .	65 1/2	65 1/2	—
1 1/2 % 56r. Anleihe	101 1/2	101 1/2	—	Beln. Banknoten	87 1/2	87	—
5 % 56r. Br.-Anl.	107 1/2	107 1/2	—	Wechsel. London	—	—	21 1/2

Hamburg, 5. Juni. Getreidemarkt. Weizen loco stille, ab Auswärts nominell. Roggen loco weichend, ab Königsberg disponibel, 77 zu bedingen. Del loco 28, October 27 1/2. Kaffee gute Stimmung, 5000 Sacd ungesetzt. London, 5. Juni. Consols 92. 1 % Spanier 44. Mexikaner 31 1/2. Sardinier 81 1/2. 5 % Russen 97. 4 1/2 % Russen 91.

Liverpool, 5. Juni. Baumwolle: 6000 Ballen Umsatz. Preise sehr fest.

Paris, 5. Juni. 3 % Rente 70, 35. 4 1/2 % Rente 97, 30. 3 % Spanier 49 1/2. 1 % Spanier 43 1/2. Oesterreich St.-Eisenbn.-Act. 518. Oester. Credit-Actien —. Credit mob.-Act. 832. Lomb.-Ebn.-Act. 613.

### Produktenmärkte.

Danzig, den 6. Juni. Bahnpreise. Weizen hellbunt, fein und hochbunt 125/27—128/29—130/31 — 132/34 & nach Qualität 82 1/2/85 — 86, 87 — 87 1/2/89 — 90/95 & bunt und dunkel 120/122—123/25 27 & nach Qualität 67 1/2/70—72 1/2/75—77 1/2/80 & Roggen im Detail u. in Partien 58/57—56/54 & 125 & Erbsen, Futter- und Koch- von 50/52 1/2—54/56 & Gerste kleine 103/105—110/11 & von 34/36—38, 40 & große 108/10—112/14 von 37/38—41/42 & Hafer von 29/30—32/33 & Spiritus 17 & 8000 % Tr. bez. Getreide-Börse. Wetter schwül und Gewitter-Luft. Wind: S.

An unserem Markte zeigte sich heute nur ganz vereinzelte Kauflust für Weizen in abfallender Qualität und wurden von solchen 250 Lasten genommen.

Bezahlt für 127, 127 8 & blaupigzig 475, 475, 500, 83 & bunt 510, 132 & dunkelbunt 522 1/2, 525, 528, 131/2 & hellfarbig 540. Alles per 85 & Roggen unverändert 122 & 333 & 336 per 125 & Bohnen 498. Spiritus 17 & bezahlt.

Königsberg, 5. Juni. Wind: SW. + 16. Weizen unverändert, hochbunter 128—29 & 86 1/2 & bunter 123—124 & 78 & rother 127 & 85 & b. — Roggen behauptet, loco 116—18—22—29 & 51 1/2—52 1/2—55 1/2—59 & b.; Termine fester, 120 & per Juni 56 & b. Br., 55 1/2 & b. bez., 55 & b. G., per Juni=Juli 56 & b. Br., 52 & b. G., per Juli=August 56 1/2 & b. Br., 56 & b. bez., 55 1/2 & b. G., per September=October 57 & b. Br., 55 & b. G. — Gerste flau, große 100—10 & 38—45 & b., kleine 95—106 & 33—42 & b. — Hafer stille, loco 65—75 & 22—32 & b. Br., 50 & per Juni 29 & b. Br., 28 & b. G. — Erbsen stille, weiße Koch-, 53 1/2—55 & b. bez., Futter- 40—53 & b., graue 40—90 & b., grüne 55—75 & b. Br., — Bohnen 51 & b. bez. — Weiden 30—50 & b. — Leinsaat fest, mittel 105 & 75 & b. bez. — Kleesaat, rothe 5—15 & b., weiße 8—18 & b. per & b. — Thimotheum 4—7 1/2 & b. per & b. — Leinöl 13 & b. per & b. Br. — Rübbel 13 & b. per & b. Br. — Leinlucden 63—66 & b. per & b. Br. — Rüblucden 63 & b. per & b. Br.

Spiritus. Den 4. gemacht 17 1/2 & b. ohne Faß; den 5. loco Verkäufer 17 1/2 & b., Käufer 17 1/2 & b. ohne Faß; loco Verkäufer 19 & b., Käufer 18 1/2 & b. mit Faß; per Juni Verkäufer 17 1/2 & b., Käufer 17 1/2 & b. ohne Faß; per Frühjahr Verkäufer 19 & b., Käufer 18 1/2 & b. mit Faß per 8000 % Tralles.

Berlin, 5. Juni. Wind: SW. Barometer: 28°. Thermometer: früh 12° +. Witterung: schwül.

Weizen per 25 Scheffel loco 63—76 & b. — Roggen per 2000 & loco 50—51 1/2 & b., Mai-Juni 50 1/2, 1/2 & b. bez. u. G., 50 1/2 & b., Juni=Juli 49, 49 1/2 & b. bez. u. G., 49 1/2 & b. G., Juli=August 48 1/2, 1/2 & b. bez. u. G., August=September 48 1/2 & b. bez., Septbr.=Octr. 48, 48 1/2 & b. bez. u. G., 1/2 & b. G., October=November 47 1/2, 48 & b. bez. u. Br., 47 1/2 & b. G. — Gerste per 25 Scheffel große 33—37 & b. — Hafer loco 23—26 & b., per 1200 & Juni=Juli 24 1/2 & b. bez., V. u. G., do. Juli=August 24 1/2 & b. Br., August=Septbr. 24 1/2 & b., Septbr.=October 24 1/2 & b., October=Novbr. 24 1/2 & b.

Rübbel per 100 Pfund ohne Faß loco 13 1/2 & b. Br., 1/2 & b. bez., Juni=Juli 13 1/2 & b. bez. u. G., 1/2 & b. Br., Juli=August 13 1/2 & b. Br., August=September 13 1/2 & b. Br., September=October 13 1/2 & b., 1/2 & b. bez. u. G., 1/2 & b. Br., October=November 13 1/2 & b., 1/2 & b. bez. u. G., 1/2 & b. Br., November=Dezember 13 1/2 & b. bez., V. u. G.

Spiritus per 8000 % loco ohne Faß 18, 18 1/2 & b. bez., Mai-Juni u. Juni=Juli 17 1/2 & b., 1/2 & b. bez. u. G., 1/2 & b. Br., do. Juli-Aug. 18 1/2 & b., 1/2 & b. bez. u. G., 1/2 & b. Br., Aug.=Sept. 18 1/2 & b., 1/2 & b. bez. u. G., 1/2 & b. Br., Septbr.=Octr. 18 1/2 & b., 1/2 & b. bez. u. G., 1/2 & b. Br., Oct.=Nov. 17 1/2 & b., 1/2 & b. bez. u. G., 1/2 & b. Br.

Mehl. Wir notiren für Weizenmehl Nr. 0. 4 1/2 — 5 1/2, 0. u. 1. 4 1/2 — 4 1/2 & b., Roggenmehl Nr. 0. 3 1/2 — 4 1/2, 0 u. 1. 3 1/2 — 3 1/2 & b.

Bromberg, 4. Juni. Weizen 125—128 & 62—66 & b., 128—130 & 66—69 & b., 130—134 & 63—72 & b. — Roggen 120—125 & 43—45 & b. — Gerste, große 28—30 & b., kleine 23—28 & b. — Erbsen 38—42 & b. — Spiritus 17 & b. per 8000 % — Kartoffeln 12—14 & b. per Scheffel.

### Schiffliste.

Thorn, 5. Juni. Wasserstand: 2' 5".

Strom ab: L. Schfl.

W. Fischer, Sadowski, Wyszogrod, Danzig, A. L. Schfl. Malowski, 51 54 Wz. C. Mattern, J. Fogel, Ploß, Dgg., Goldschmidt S., 24 30 do. Rodemann, Chast Goldmann, Ploß, Dgg., C. G. Steffens, 28 L. Wz., 30 — Kg. C. Dembiski, J. Askanas, Ploß, Dgg., L. M. Köhne 25 — Wz. M. Hempel, Gebr. Wolff, Ploß, Dgg., Goldschmidt S., 25 — do. S. Köhl, S. Spiro, Roswadow, Dgg., 17 L. Wz., 15 — Kg. 1725 St. w. H. J. Neumann, Jacob Neumann, Ploß, Danzig, R. Damme, 23 43 Wz. S. Blum, A. Rosenman, Ploß, Dgg., Schilla u. Co., 28 16 do. J. Krause, J. Fogel, Ploß, Dgg., Goldschmidt S., 26 — do. J. Spillert, Gebr. Pachmann, Bloclawel, Stettin, 49 35 Kg. J. Beder, J. Marsop, Bloclawel, Stett., S. Marsop, 72 30 do. J. Köhler, H. Warschauer, Bloclawel, Stettin, Berl. u. Meyer, 25 — do. C. Köhler, B. Cohn, Bloclawel, Stett., Berl. u. Meyer, 25 — Wz. D. Hoch, J. Askanas, Ploß, Danzig, L. M. Köhne, 24 — do. A. Banje, L. Koczinski, Ploß, Dgg., Schilla u. Co. 27 — do. A. Karp u. Ziehm, Sadowski, Ploß, Danzig, A. Malowski, 65 33 do. A. Schmidt, R. Neumann, Ploß, Stettin, A. Reihner, 27 5 Kg. J. Jac. Ausübel, M. Penger, Ulanow, Danzig, 952 St. H. Holz, 3215 St. w. H. Joel Kohn, M. Kohn, Nasfeld, Danzig, 4230 St. w. Holz. M. Busch, M. Firschedt, Roswadow, Dgg., 2070 St. w. Holz. M. Faß, A. Faß, Ulanow, Danzig, 1880 St. w. H. Aron Kohn, Rosenblum u. Binnamon, Pultusk, Danzig, 2056 St. w. H. Abr. Weinmann, S. Strom u. Schönberg, Ulanow, Danzig, 1940 St. w. H.

\* Thorn, 5. Juni. Seit Eröffnung der Schifffahrt sind bis heute hier durchgegangen:

31,074 Last Weizen, 24,661 Last Roggen, 521 Last Erbsen, 34,216 Stück Balken von hartem Holz und 265,130 Stück Balken von weichem Holz.

Summa 390 L. 56 Schfl. Wz., 219 L. 10 Schfl. Kg.

Verantwortlicher Redacteur: S. Rikert in Danzig.

### Meteorologische Beobachtungen.

Juni	Baromet. Stand in Bar.-Lin.	Therm. im Freien.	Wind und Wetter.
5	337,33	+ 15,8	Westl. flau; leicht bewölkt, schdn.
6	334,85	+ 16,8	Westl. frisch; do. do.
12	334,54	+ 20,6	do. do. do. do.



Table with 5 main columns: Eisenbahn-Actien, Prioritäts-Obligationen, Prioritäts-Obligationen, Preussische Fonds, and Ausländische Fonds. Each column contains a list of securities with their respective prices and denominations.

Bekanntmachung. Die Stadt Schwes als solche sucht ein Darlehn von 8000 R. und zwar bis zum 1. d. M. Darleher werden gebeten, sich baldigst bei uns zu melden. Schwes, den 3. Juni 1862. Der Magistrat. [3941]

So eben traf ein: Rede zur Feier des hundertjährigen Geburtsstages Johann Gottlieb Fichte's von Robert Schellwien. Preis 7 1/2 Sat. [3955] Léon Saunier, Buchhandlung f. deutsche u. ausländ. Literatur Danzig, Stettin u. Elbing.

Bäder's Reisehandbücher sind in den neuesten Auflagen bei uns eingetroffen. Léon Saunier, Buchhandlung f. deutsche u. ausländ. Literatur Danzig, Stettin u. Elbing.

Sämmtliche Farben, trocken, sowie mit Del zubereitet, ferner Lacke, Firniß, Pinsel, franz. Terpentinöl etc. halte zu den billigsten Preisen empfohlen. Alfred Schröter, Danzig, Langenmarkt No. 18. [3915]

Feuersichere asphaltirte Dachpappe, Metallpappe, feuersicheres cementirtes Leinwand, besten englischen Dachpappe empfehle zu Fabrikpreisen. Die Eindeckung mit diesen Materialien, wie mit Schiefer, Flannen, Metallen, Glas etc. lasse unter Garantie durch den hiesigen Dach- und Schieferdeckermeister F. W. Keck ausführen, und übernehme Neubauten und Reparaturen in- auch exclusive Zuthaten, Steinobstentbeer, englischen wie sogenannten Gastbeer, polnischen Kiebitzbeer, Asphalt, Asphalt-Präparate. Pappnägel habe stets in bester Qualität auf Lager. Christ. Friedr. Keck, Melzergasse 13. [3812]

Frischer Schweizer Sahnenkäse à 6 Sgr. pro Pfd. empfiehlt Robert Hoppe. [3812]

120 gute Hammel sind in Saskoczin bei Praust zu verkaufen. [3942]

Victoria-Theater zu Danzig, Neugarten No. 6.

Sonntag, den 8. Juni. Abonnement suspenda. Fest-Duverture von C. M. v. Weber. Prolog, gebichtet von R. Dentler. Hierauf: Frankenkampf, Lustspiel in 3 Acten nach Schilde von Olfers. Hierauf: Tanz. Zum Schluß: Ein gebildeter Hansknecht, Posse mit Gesang in 1 Act von Kalisch.

Montag, den 9. Juni. (Abonnement suspenda). Sperling und Sperber. Schwank in 1 Act von Götner. Hierauf: Englisch, Lustspiel in 1 Aufzuge von Görner. Zum Schluß: Guten Morgen Herr Fischer, Vaudeville-Burleske in einem Acte von Friedrich. Musik von Ed. Stiegmann.

Preise der Plätze an der Tageskasse. Ein Platz der Proscaeniumlogen 15 Sgr. im ersten Rang 10 Sgr. Sperrplatz 10 Sgr. Stehparquet 10 Sgr. Parterre 6 Sgr.

Abonnements-Bedingungen. Ein numerirter Sperrplatz für 20 Vorstellungen 5 R. 10 2 = 15 Sgr. Platz im I. Rang für 20 Vorstellungen 4 = 20 = 2 = 10 = Stehplatz im Parquet für 20 4 = 20 = 2 = 10 = 3 = 10 = Platz im Parterre 20 = 3 = 10 = 1 = 20 =

Die Abonnementslisten liegen täglich von 9-12 Uhr Vormittags und 2-4 Uhr Nachmittags in dem Theater-Bureau aus; ebenso werden daselbst die Tagesbilletts verabfolgt. Das Theaterbilletts berechtigt zum freien Eintritt in das Concert, während ein Bilet, nur für das Concert giltig, 2 1/2 Sgr. kostet. Anfang der Theatervorstellung 7 Uhr Abends. Dauer der Concerte von 5 1/2-6 1/2 Uhr und nach der Theatervorstellung von 9 1/2-10 1/2 Uhr Abends. Das Theater-Bureau befindet sich von heute an in meinem Blumenladen, Langgasse und Gerbergassen-Ecke. [3889] J. Radike.

Haarweicheit und Zöpfe in allen Farben und Längen, von 1 Zhir. ab halte stets in großem Vorrath und fertige auf's Schnellste nach Wunsch an. Salon zum Haare schneiden Louis Willdorn, Friseur, Lager der feinsten Toilettgegenstände. [3952] und Frisuren. I. Damm No. 15.

Den neu und schönen Farbestoff Anilin, der immer mehr Verbreitung findet, empfiehlt in verschiedenen Nuancen, Blau, Roth und Violett, flüssig, in Pulver und in Crystallen billigst [3951] Bernhard Braune.

Die erste Sendung bester englischer Matjes-Heringe erhielt und empfiehlt [3950] F. A. Durand, Langgasse No. 54.

Sover'sche patentirte Viehsalzsteine empfehle mit 5 Gr. pro Stüd. Auf Stahlfurter Abraum-Salz nehme Bestellungen entgegen. Christ. Friedr. Keck, Melzergasse 13. [3812]

Getreide wird in Elbing für 5 R. pr. Last bestens gedarrt. Näheres bei [3866] S. Dollner, Fleischergasse 62.

Uhren-Ausverkauf. Köpfergasse 21, eine Treppe hoch, befinden sich 700 Stüd. Uhren, die im Laufe dieser Woche zu den billigsten Preisen ausverkauft werden sollen. Wanduhren mit Messingletzen 1 R., mit Weder 1 R. 4 Sgr., Rahmuhren 2 R. 26 Sgr., Rahmuhren durch Federkraft gehend 3 R. 26 Sgr. bis 5 R. 20 Sgr. Sämmtliche Uhren sind abgezogen und gut gehend mit 2-jähriger Garantie. Alte Uhren werden in Tausch angenommen. Schuster, aus dem Schwarzwald. Eine Partie alte Taschenuhren soll ganz billig abgegeben werden. [3845] Alle Sorten Farbholz, besonders Blauholz, Gelbholz, Rothholz und Fernambuck, empfiehlt, namentlich bei Quantitäten, zu äusserst billigen Preisen [3951] Bernhard Braune.

Russische und polnische Banknoten, so wie sämmtl. fremde Geldsorten bezahle ich mit dem höchsten Preis und vermittele den An- u. Verkauf von Staats- und industriellen Papieren unter äusserst billigen Provisionsätzen zum Tagescours. [3957] F. Reimann, Langenmarkt 31.

Berliner Damen- und Kinderhüte (nicht Raugardter) empfiehlt in allen Nummern zu billigen Preisen Hermann Dyck, Langgasse. [3955]

Alte Berliner Kuh-Käse à Stüd. 8 u. 1 1/2 u. 3, gute fette Limburger Käse 3, 3 1/2, 4, 4 1/2 u. 5 Sgr. bei Kästen u. im Dsd. billig empf. [3953] M. F. Hanschulz, Schmiedegasse 16.

2 elegante Grauschimmel, 5-jährig, 3 Zoll groß, so wie auch mehrere gute Wagen- und Reitpferde stehen zum Verkauf Langgarten 62. [3918] Gute frische Werder-Käse bei ganzen Broden à Pfd. 2 1/2, 2 1/2 u. 2 1/2 Sgr., gut geräuch. Lachs empfiehlt billigst [3953] M. F. Hanschulz, Schmiedegasse 16. Frische Wein- und Rübfruchen vorzüglicher Qualität werden empfohlen Hundegasse 92 im Comptoir.

Ausländische Fonds. Kurhess. 40 Thlr. - 57 1/2 B. N. Baden. 35 Fl. - 31 1/2 et B. Dessauer Pr. - A. 3 1/2 103 1/2 B. Schwed. 10 Thlr. - 10 B.

Wechsel-Cours vom 5. Juni. Amsterdam kurz 3 1/2 143 1/2 B. do. 2 Mon. 3 1/2 142 1/2 B. Hamburg kurz - 151 1/2 B. do. 2 Mon. 4 150 1/2 B. London 3 Mon. 2 1/2 6 21 1/2 B. Paris 2 Mon. 4 1/2 80 1/2 B. Wien Oester. W. 8 T. 5 1/2 78 1/2 B. do. do. 2 M. 5 1/2 78 B. Augsburg 2 Mon. 3 56 24 B. Leipzig 8 Tage 4 99 1/2 B. do. 2 Mon. 4 99 1/2 B. Frankfurt a. M. 2 M. 3 1/2 56 26 B. Petersburg 3 Woch. 6 96 1/2 B. do. 3 Mon. 6 96 B. Warschau 8 Tage 5 87 1/2 B. Bremen 8 Tage 3 1/2 109 1/2 B.

Bank- und Industrie-Papier. Dividende pro 1860. Preuss. Bank-Antheile 4 1/2 122 1/2 B. Berl. Cassen-Berein 5 1/2 115 1/2 B. Pom. R. Privatbank - 4 90 B. Danzig 6 4 102 B. Königsberg 5 1/2 4 93 1/2 B. Posen 5 1/2 4 96 B. Magdeburg 4 1/2 4 91 B. Disc.-Comm.-Antheil - 4 95 B. u. B. Berliner Handels-Ges. - 4 90 1/2 B. Oesterreich 7 1/2 5 85 1/2-85 B. u. B.

Gold- und Papiergeld. Fr. Flin. m. R. 99 1/2 B. ohne R. 99 1/2 B. Goldtroneu 9. 6 1/2 B. Deft.-Wtr. W. 78 1/2 B. Poln. Bankn. 87 B. Gold pr. Zollpf. 16 1/2 B. Dollars 1.11 1/2 B. Silber 29.25 B. Napoleons 5.11 B.

Ich empfangen so eben noch eine neue Sendung der neuesten Hamburger Spazierstöde und empfehle dieselben zu den allerbilligsten Preisen. [3755] G. Geyr, Kunstschreiner, Jopengasse 51. Gute frische Butter stets billig zu haben Schmiedegasse 15. [3953]

Ein Paar echte Panamahüte sind billig abzugeben. Wo? sagt die Expedition dieser Zig. [3953]

Ritterguts-Verkauf. Ein Rittergut in Westpreußen, bestehend aus 39 Hufen culmisch Maß, wovon nur ca. 3 Hufen Roggenboden, jedoch das Uebrige durchweg guter Gersteb- und Weizenboden, überhaupt zu allen Fruchtgattungen sich auf's Beste eignend; das Areal eben und zur Hälfte abgemergelt; Gebäude sehr gut; Inventar wird belassen; 45 gute Pferde, 13 Küllen, 1900 f. neue Schafe; in für 120,000 R. bei 40- bis 50,000 R. Anzahlung zu verkaufen. Näheres hierüber ertheilt Th. Neemann [3935] in Danzig, Breitgasse No. 62.

Mühlen-Gut-Verkauf bei Graudenz mit 638 M. vorzügl. Weizenader in hoher Cultur u. 132 M. schönen Wiesen, 600 Schafen etc., Mühle m. 4 Mahlgängen u. bedeut. Wasserl., Bauten durchweg schön, meist massiv. Ingr. 9000 R., Pr. 62 M. 1/2 Anz. Reflect. erb. das Kap. Nob. Jacoby in Danzig, Breitgasse 64. [3944]

Turn- und Fecht-Verein. Turn-Übung: Dienstag und Freitag von 7 Uhr Abends ab auf dem Turnplatz hinter der Petri-Schule; Freitags bei schlechtem Wetter im Turnlocale auf dem Stadthofe. Fecht-Übung: Mittwoch und Sonnabend von 7-9 Uhr Abends in letztgenanntem Locale. Anmeldungen werden während der Übungszeit angenommen. Der Vorstand. [3929]

Seebad Brösen. Sonntag, den 8. Juni beginnen die regelmäßigen Concerte für diese Saison, und zwar Sonntags und Mittwochs, ausgeführt durch die Kapelle des Königl. 1. (Leib-) Husaren-Regiments, unter Leitung des Musikleiters Herrn Keil. [3958] W. Distrow.

Hôtel Kronprinz von Preußen zu Weve. Am 2. Pfingstfeiertage großes Garten-Concert. Anfang 6 Uhr Nachmittags. Nach dem Concert Tanz. Bei schlechtem Wetter findet das Concert im Saal statt. Es ladet freundlichst ein [3930] C. W. Thomae.

Zu wiederholten Malen ist unsere Stadt von Brand heimgesucht, in verwichener Nacht aber von einem fürchterlichen Brandunglück betroffen worden. - Namenlos ist das Unglück der betroffenen zahlreichen Familien der arbeitenden Klasse. Nahe an 60 Familien sind obdachlos und entbehren der dringlichsten Lebensbedürfnisse. Schnelle Hilfe muß ihnen gewährt werden und deshalb richtet an alle theilnehmenden Menschenfreunde das unterzeichnete Comité die dringende Bitte, beizusteuern zur Unterstützung der großen Zahl der Unglücklichen und die Gaben an einen der Unterzeichneten gelangen zu lassen. Gilgenburg, den 3. Juni 1862. Baron v. Gillesem, Mühlenbradt, Landrath, Bürgermeister. von Kraak-Wierben, Dr. Wese. Kötter, Heidenreich, Kreisgerichtsrath, Post-Expeditur. J. F. Palewka, G. Gnab, Kaufmann, Zimmermeister. [3941] Druck und Verlag von A. W. Rafemann in Danzig.